

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 9. Dezember 2013

Verfasserin: Eva Gutmann

Budgetdebatte

Die Grünliberalen fühlt sich der Nachhaltigkeit verpflichtet in der Umweltpolitik und in der Finanzpolitik. Die Anhäufung von Schulden auf Kosten der nachfolgenden Generationen ist weder nachhaltig noch sozial. Die Regierung hat ein Budget und einen konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) vorgelegt, die eine Steigerung der Ausgaben sowohl absolut als auch in Bezug zum geschätzten Bevölkerungswachstum als auch in Bezug auf das Wirtschaftswachstum vorschlagen.

Bei einer **Leistungsmotion** geht es nicht nur um einen Saldobetrag, sondern um einen Auftrag des Parlaments an die Regierung, bestimmte Vorgaben einzuhalten. Es ist beispielsweise nicht einzusehen, warum der Durchschnittslohn eines Staatsangestellten stärker ansteigen soll, als es der Teuerung entspricht, denn wir haben hier keine Produktivitätssteigerung zu verzeichnen und die Löhne der kantonalen Angestellten sind auf einem anständigen Niveau.

Trotz unserer Begeisterung für moderne Technologien, schauen wir auch bei den Informatikkosten kritisch hin. Mehrausgaben bei **e-government** haben wir ebenso abgelehnt wie den Ausbau der Pflege der **Aussenbeziehungen** mit entsprechenden Repräsentationskosten durch den Kanton Zürich. Nice to have - aber nicht auf Kosten der Steuerzahler. Der glp Antrag (Jörg Mäder) fand eine Mehrheit.

Sicherheit ist ein sehr wichtiges Anliegen, aber trotzdem darf es auch im Bereich Justiz kein ungebremsstes Kostenwachstum geben, sondern die Betriebskosten des **Strafvollzugs** sind kritisch zu hinterfragen. Die Mehrheit des Kantonsrates sah dies zusammen mit der glp ebenso.

Die glp politisiert konsequent: Die **Begrenzung des Wachstums der Lohnsumme** pro Person auf den Ausgleich der Teuerung gilt für alle Amts- und Fachstellen, so auch für die Polizei und die **Fachstelle für die Gleichstellung** von Frau und Mann. Da die glp die Arbeit dieser Fachstelle aber schätzt, man denke nur an die Motivation von Mädchen für technische Beruf, wurden Anträge auf Stellenabbau abgelehnt.

Mit einem 130 Mio.-Budget schien uns eine Kürzung von 5 Mio. im Kulturbereich zu verkraften: Auch beim **Opernhaus** muss die Kostensteigerung reduziert werden, dies sah sogar der Regierungsrat ein und zog den entsprechenden Antrag an den Kantonsrat zurück.

Der Kanton Zürich betreibt eine überdurchschnittlich gute **Integrationspolitik** und dies soll auch so bleiben. Trotzdem wird diese nicht noch besser, wenn man hier die Ausgaben noch mehr steigert. Die Mehrheit des Kantonsrates sah dies anders.

Die hohen Kostensteigerungen beim **Sozialamt** haben verschiedene Ursachen und ein grosser Teil der Ausgaben sind sogenannte gebundene Ausgaben. Die Anträge der Regierung basieren auf Schätzungen wie der Bevölkerungsgrösse und der des Bruttoinlandprodukts. Regelmässig werden bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation höhere Ausgaben für Sozialhilfe prognostiziert. Wenn aber die Prognosen gut sind (und das sind sie!) wird kein Rückgang der Sozialhilfe budgetiert, sondern eine weitere Steigerung der Ausgaben fortgeführt. Nicht bestritten wurde hingegen, dass bei den sozialen Einrichtungen, also den Heimen für Schwerbehinderte, ein Ausbau stattfinden muss. Die Regierung hat vorgeschlagen, einen Teil des Ausbaus mit kleinen Budgetkürzungen (1%) bei den bestehenden Heimen zu kompensieren. Schlussendlich steht es dem Sicherheitsdirektor frei, in welchem Bereich des Sozialamtes er das Kostenwachstum eindämmen will und der Sicherheitsdirektor hat verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt, wo Einsparungen möglich sind, ohne dass den am meisten Bedürftigen etwas weggenommen wird.